

Russische Demokratie – ein Gegenwartsbild

Werte und Institutionen der Demokratie im Bewusstsein der Russen

Matthes Buhbe und Elisabeth Beckmann

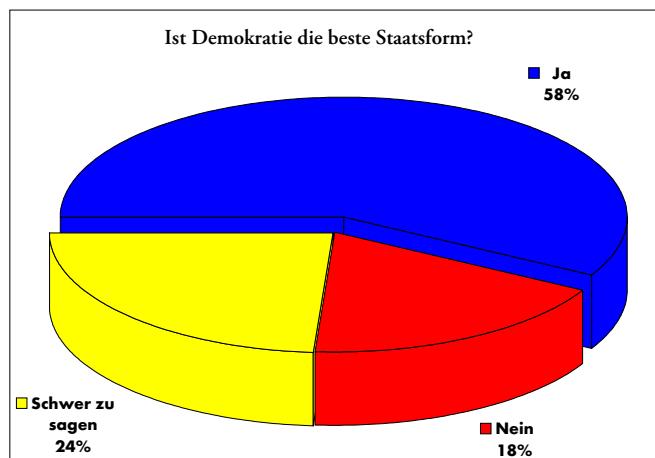
Zusammenfassung

In Russland wie im westlichen Europa wird mitunter die Meinung vertreten, dass Demokratie aus historischen Gründen für Russland unannehmbar ist. Das Mittelrussische Beratungszentrum in Wladimir hat deshalb mit Unterstützung der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau eine Studie erstellt, die nach dem Demokratieverständnis in Russland fragt. Aus den Befragungsergebnissen wird deutlich, dass die Mehrheit der Russen – auch wenn die demokratische Praxis im heutigen Russland unzureichend entwickelt ist – die Zukunft ihres Landes mit dem Weg zur Demokratie verbindet. Problematisch erscheint die Oberflächlichkeit der Sympathie für demokratische Werte und das Misstrauen, das gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entgegengebracht wird.

Einleitung

In den letzten fünfzehn Jahren durchlebt Russland einen Prozess der gesellschaftlichen Transformation. Einer der wichtigsten Aspekte dieses Prozesses ist die Demokratisierung des politischen Lebens. Mit der Verabschiedung der Verfassung im Dezember 1993 entstand eine ganze Reihe von demokratischen Institutionen – das Mehrparteiensystem, das Parlament, freie Medien, lokale Selbstverwaltung, usw. Dennoch bleibt die Frage umstritten, ob der demokratische Weg in Russland unumkehrbar ist.

- Erstens haben seit Beginn der demokratischen Reformen die oppositionellen Kräfte zielgerichtet propagiert, dass in Russland Demokratie aus historischen Gründen unannehmbar ist.
- Zweitens führte der objektive Mangel an politischer Kultur unter den Russen dazu, dass sich die staatlichen Institutionen nicht so sehr als Ergebnis der freien Willensäußerung der Bürger, sondern eher unter Einfluss manipulierender politischer Technologien herausbilden, wobei die Rolle der Manipulation umso größer wird, je höher die Ebene in der Machthierarchie ist. Wie unsere Studie gezeigt hat, weigern sich deshalb nicht weniger als 40% der Russen zu wählen, da sie nicht an die Ehrlichkeit der Wahlen glauben.
- Drittens haben sich die entstandenen demokratischen Institutionen als äußerst schwach und hilflos erwiesen. Die Mehrzahl der politischen Parteien



ist in den Regionen nur sehr schwach vertreten, die einflussreichsten Massenmedien sind unter Kontrolle des Staates, die lokale Selbstverwaltung hat keine zuverlässigen organisatorischen und wirtschaftlichen Ressourcen.

- Schließlich scheinen die Machthaber selbst an der Effektivität demokratischer Prozeduren zu zweifeln: Vor kurzem wurde entschieden, die allgemeinen Wahlen der Gouverneure durch indirekte

Abstimmung in den regionalen Parlamenten über Kandidaten zu ersetzen, die vom Präsidenten der Russischen Föderation vorgeschlagen werden.

Insgesamt sind deshalb die Perspektiven der demokratischen Entwicklung in Russland durchaus nicht eindeutig.

Aus diesen Gründen sind die folgenden Fragen besonders aktuell:

- In welchem Maß stimmen die Russen mit demokratischen Werten überein?
- Halten sie Demokratie für die effektivste Staatsform?

Den Antworten auf diese Fragen widmet sich die vorliegende Untersuchung. Die Befragung wurde von Ende August bis Anfang Oktober 2004 mit standardisierten Fragebögen durchgeführt. Insgesamt wurden 2359 Personen in vier Regionen Russlands befragt, die sich sowohl durch ihre geographisch-territoriale Lage als auch durch Besonderheiten der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

unterscheiden: Gebiet Astrachan (Süden Russlands – 617 Personen), Republik Baschkortostan (Südlicher Ural, multinationale Region – 593 Personen), Sankt Petersburg und angrenzende Gebiete (Großstadt im Nordwesten Russlands – 554 Personen), Gebiet Rjasan (Zentralrussland – 595 Personen).

Die allgemeine Beurteilung von Demokratie als Staatsform

In den letzten fünf Jahren – das wissen wir aus früheren Studien – verstanden sich mehr als die Hälfte der russischen Bürger (zwischen 52% und 56%) als Anhänger demokratischer Ideen. Auch in der vorliegenden Untersuchung vertritt mehr als die Hälfte der Befragten (58%) die Ansicht, dass Demokratie die beste Staatsform ist. Eine solche Behauptung bestreiten nur 18% der Befragten. (siehe Grafik auf Seite 2)

Während sich die Befragten insgesamt für Demokratie als beste Staatsform aussprechen, beurteilen sie den aktuellen Stand der Demokratisierung in Russland sehr nüchtern. Wie die nebenstehende Grafik veranschaulicht, neigen sie zu der Beurteilung, dass es noch zu früh sei, in Russland von Demokratie zu sprechen, obwohl die Entwicklung in diese Richtung führt. 41 Prozent sind dieser Meinung.

Gleichzeitig zeigen die Studienergebnisse, dass 2004 fast die Hälfte der Russen in der nahen Zukunft gern einen demokratischen Staat haben würden, der auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit aufgebaut ist. Außerdem hat sich die Zahl der Befürworter von Demokratie über das letzte Jahr vergrößert – sowohl unter den Jugendlichen (von 46 auf 53 Prozent) als auch unter der älteren Generation (von 28 auf 38 Prozent). (siehe die Grafiken auf Seite 6)

Der „demokratische Staat“ (grüne Kurve) hat sich gegenüber der Auffassung vom Staat als einer „starken Macht“ (schwarze Kurve) als die attraktivere Variante erwiesen. Die relative Mehrheit der Jugendlichen votiert seit 2002 für den „demokratischen Staat“, während dies unter den Vertretern der älteren Generation neben Herbst 2004 zum letzten Mal im Frühling 2001 der Fall war. In der älteren Generation ist im Herbst 2004 zum ersten Mal seit vier Jahren das Interesse an einem „sozialistischen Staat“ deutlich gesunken. An einem solchen Staat ist das Interesse unter den Jugendlichen

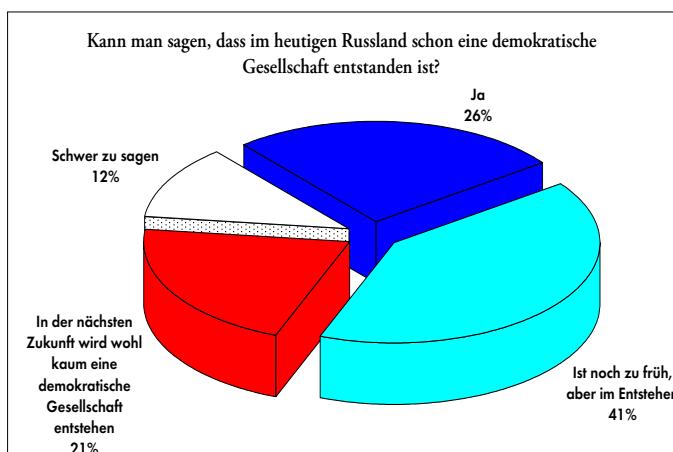
seit langem gering. Der Anteil der Jugendlichen, die eine sozialistische Entwicklung Russlands begrüßen würden, bewegt sich in den letzten Jahren um zehn Prozent.

Die Auffassungen der Russen darüber, was Demokratie ist

Wie die Forschungsergebnisse zeigen, wird Demokratie von den Russen in erster Linie als ein System der Absicherung der rechtlichen und sozialen Gleichheit gesehen und nur in zweiter Linie als ein besonderes System der Machtverhältnisse. Den Befragten wurde ein Katalog von Begriffen vorgelegt. Davon konnten sie bis zu fünf Begriffe ankreuzen, die sie für besonders zutreffend hielten.

- Als einen besonders charakteristischen Begriff für „Demokratie“ nennen 51 Prozent Gleichheit vor dem Gesetz und soziale Gleichheit, 41 Prozent Unzulässigkeit einer scharfen Aufteilung in Reiche und Arme.

- Merkmale von Demokratie, die das System der Machtorganisation enger beschreiben, wurden erst in zweiter Linie genannt: 32 Prozent Wahlen in einem Mehrparteiensystem; 29 Prozent politische Rechte und Freiheiten der Bürger; 28 Prozent



Beteiligung der Bürger an der Regierung des Staates mit der Möglichkeit zu wählen und gewählt zu werden; 24 Prozent das Prinzip der Gewaltenaufteilung; 18 Prozent die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene ohne Weisung durch das Zentrum herbeizuführen.

- Ein relativ großer Teil der Russen – fast ein Viertel – sieht Demokratie einfach als die Macht des Volkes an.
- Einen Mittelpunkt nehmen politisch-wirtschaftliche Merkmale ein: 21 Prozent nennen Privateigentum und die Möglichkeit ein Unternehmen zu betreiben, 10 Prozent die gesellschaftliche Kontrolle über die bedeutenden Rohstoffe des Landes.
- Nur 17 Prozent der Russen verbinden Demokratie mit Unabhängigkeit der Medien von politischer Zensur.
- Die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit als Merkmal von Demokratie nimmt einen sehr geringen Stellenwert ein. Nur 13 Prozent verbinden

Demokratie mit der Verteidigung der Rechte der Minderheit – ein Ergebnis, das vielleicht mit russischer Geschichte und Tradition verbunden ist.

- Den geringsten Stellenwert überhaupt nimmt die Herrschaft der Mehrheit ein: Nur sieben Prozent betrachten die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit als ein besonderes Merkmal von Demokratie.

Wen die Russen als Garant der demokratischen Entwicklung ansehen

Demokratie kann nicht existieren und sich nicht entwickeln, wenn nicht gewährleistet ist, dass sie aufrechterhalten und verteidigt wird. Offenbar gibt es aber kaum Persönlichkeiten, gesellschaftliche Gruppen oder Institutionen, denen man diese Rolle zubilligt (siehe die Tabelle auf Seite 7). Fast zwei Drittel der Russen meinen, dass der Präsident diese Garantie darstellt. Mit den politischen Parteien und mit der Regierung verbinden nicht einmal halb so viele Russen diese Hoffnung (27 bzw. 28 Prozent). Die Rolle der Medien wird noch geringer eingeschätzt – nur jeder fünfte Befragte sieht sie als Garant der Demokratie an. Den geringsten Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie haben nach Meinung der Befragten die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Bürgermeister, die Abgeordneten des Oberhauses (Föderationsrat), die silowiki (Staatschutz) und andere Beamte der Machtorgane, sowie als Schlusslicht die Großunternehmer.

Beurteilung der wichtigsten Rechte und Freiheiten

Wie schon im dritten Abschnitt erwähnt, zählt nicht einmal ein Drittel der Russen politische Rechte und Freiheiten der Bürger zu den wichtigsten Merkmalen von Demokratie.

Die langjährigen Beobachtungen des Mittelrussischen Beratungszentrums zeigen, dass in der Hierarchie der Rechte und Freiheiten die Rechte zum Schutz vor Willkür und der Block der sozialen Rechte, die mit der Sicherstellung von Arbeit, kostenloser Bildung und kostenloser medizinischer Versorgung zusammenhängen, die ersten fünf Positionen einnehmen. Die vorliegende Studie ist keine Ausnahme:

- 43 Prozent rechnen das Recht auf Leben zu den wichtigsten Rechten der Bürger.
- 32 Prozent nennen das Recht auf kostenlose medizinische Hilfe – das ist die zweithäufigste Nennung.
- Unter den persönlichen Freiheiten hat mit 28 Prozent nur die Redefreiheit einen relativ hohen Rang. Das Recht auf Informationsfreiheit und auf Religionsfreiheit halten jeweils nur 15% der Befragten für wichtig, das Recht auf freies Unternehmertum 12 Prozent. Mit 9 Prozent als unbedeutend gilt das Recht der freien Ausreise aus dem Land.

- Unter den klassischen bürgerlichen Rechten erscheint nur das *Recht auf Eigentum* bedeutend (22 Prozent). Sieben Prozent halten das Recht, seine Vertreter in die staatlichen Institutionen zu wählen, für wichtig. Die *Vereinigungsfreiheit*, darunter auch das Recht Gewerkschaften zu gründen, bildet das Schlusslicht: Fünf Prozent vermerken es als wichtiges Recht der Bürger.

Insgesamt werden – wie auch schon in früheren Befragungen – gerade die Rechte und Freiheiten für am wenigsten erforderlich gehalten, die das Fundament einer demokratischen Gesellschaft darstellen. Wie schon im sowjetischen Sozialismus werden nicht die Rechte an erster Stelle genannt, die die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit sichern, sondern jene, die den sozialen Schutz garantieren. Die Erwartung väterlicher Hilfe von Seiten des Staates bleibt dementsprechend fest verankert.

Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen

In den letzten vier Jahren hat die positive Bewertung der Situation im Lande deutlich zugenommen. Man könnte meinen, dass dies auf eine gewisse Stabilität in der Gesellschaft schließen lässt. Die Analyse des Vertrauens und Misstrauens in die wichtigsten Institutionen führt jedoch eher zu einer gegenteiligen Schlussfolgerung. Danach vertrauen die Befragten im Grunde niemandem außer dem Präsidenten (+0,44) und der Kirche (+0,21). Das größte Misstrauen wird den Großunternehmern (-0,39), den politischen Parteien (-0,33) und den Massenmedien (-0,32) entgegengebracht. Besonders ausgeprägt ist auch das mangelnde Vertrauen in die Abgeordneten von Unteraus (Staatsduma) und Oberhaus (Föderationsrat). Etwas besser schneiden die Leiter der Regionen und der lokalen Selbstverwaltung ab. Allerdings vertraut auch ihnen ein großer Teil der Befragten nicht (-0,08). Hervorzuheben ist, dass noch im Frühling 2004 neben dem Präsidenten und der Kirche auch der Inlandsgeheimdienst FSB zu den Institutionen gehörte, die Vertrauen erwecken. Heutzutage wird dieser Einrichtung eher nicht vertraut (-0,08). (siehe die Grafik auf Seite /) Insgesamt sollte man eher von Misstrauen als von Vertrauen in Bezug auf die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sprechen. Natürlich ist es als positiv anzusehen, dass der Präsident weiterhin ein hohes Rating hat. Dennoch kann eine Situation, in der alle Institutionen des Staates und der Gesellschaft bis auf diese Ausnahme nicht das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, nicht als stabil angesehen werden.

Zu verstärkter Besorgnis über die institutionelle Stabilität der russischen Demokratie gibt das Ergebnis Anlass, dass fast alle sozialen Ängste zugenommen haben. Dass die Furcht vor Krieg und vor der Bedrohung

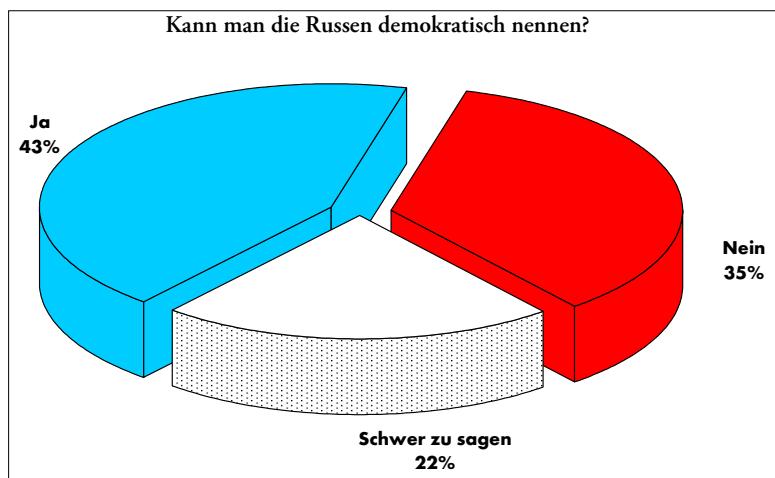
durch Terrorismus gewachsen ist, lässt sich durch die Zuspitzung der Situation im Nordkaukasus nach den Ereignissen in Beslan erklären. Es ist kein Zufall, dass diese Ängste besonders stark in den südlichen Regionen ausgeprägt sind.

Die sozioökonomischen Ängste haben jedoch ebenfalls zugenommen, so z. B. die Furcht vor Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren geringer geworden war, die Angst vor Armut und davor, nicht die gewünschte Ausbildung zu erhalten, sowie die Furcht vor Verbrechen und Gewalt. Am ungünstigsten in dieser Hinsicht schneidet die Gebiet Rjasan ab, wo diese Art Befürchtungen unter den Bürgern besonders verbreitet sind.

Zusammenfassung

Die Studie hat gezeigt, dass die Russen eine durchaus positive Einstellung zur Demokratie haben – 56 Prozent der Befragten sind Anhänger von demokratischen Ideen, 58 Prozent stimmen damit überein, dass Demokratie die beste Staatsform ist. Dennoch sollte man diese Zahlen nicht überschätzen:

- Die *Neigung* zu demokratischen Ideen ist nicht gleichbedeutend mit einer tiefgehenden Auseinandersetzung und *Identifikation* mit diesen. Die Studienergebnisse zeugen davon, dass viele Russen sich nur aus Ablehnung kommunistischer und nationalistischer Wertvorstellungen einerseits und liberaler Wertvorstellungen andererseits zugunsten von demokratischen Ideen entscheiden.
- Unter Demokratie verstehen die Russen in erster Linie ein *System rechtlicher und sozialer Gleichheit* und nur in zweiter Linie ein besonderes System der *Einbeziehung der Bürger* in die Machtverhältnisse. Die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit als Merkmal von Demokratie nimmt einen *sehr ge-*



ringen Stellenwert ein. Besonders überraschend ist, dass nur sieben Prozent der Russen die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit als ein charakteristisches Merkmal von Demokratie ansehen. Das *Herrschaftsprinzip der Mehrheit* ist damit noch unwichtiger für die Russen als die Verteidigung der Minderrechte. Es wird als das unbedeutendste Merkmal von Demokratie überhaupt eingestuft.

- Zweifellos werden gerade die *Rechte und Freiheiten* als weniger erforderlich angesehen, die das Fundament einer demokratischen Gesellschaft bilden – die Freiheit zu wählen und gewählt zu werden, die Redefreiheit, die Vereinigungsfreiheit zur Organisation der eigenen Interessen. Wie zur Zeit des sowjetischen Sozialismus werden nicht die Rechte für besonders wichtig gehalten, die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit garantieren, sondern jene, die *soziale Absicherung* versprechen. Die Erwartung väterlicher Hilfe von Seiten des Staates existiert fort.

Die Russen betrachten offenbar Wladimir Putin als den einzigen starken Garanten für die Entwicklung der Demokratie in

Russland. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Russen außer dem Präsidenten und der Kirche keinen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen vertrauen. Natürlich muss man es als positiv ansehen, dass der Präsident weiterhin ein hohes Rating hat. Dennoch kann eine Situation, in der alle Institutionen des Staates und der Gesellschaft bis auf eine nicht das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, nicht als stabil angesehen werden. Tatsächlich gründet sich die gegenwärtige Stabilität im Übermaß auf das Vertrauen der Bevölkerung in Präsident Putin.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autoren

Dr. Matthes Buhbe ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Frau Elisabeth Beckmann ist Praktikantin im FES-Büro Moskau.

Lesetipp

Mittlerussisches Beratungszentrum mit Unterstützung der Vertretung der Friedrich Ebert Stiftung Moskau: Russische Demokratie – ein Gegenwartsbild. Werte und Institutionen der Demokratie im Bewusstsein der Russen. Kurze Darlegung der Ergebnisse. Projektleiter und Autoren: D.I. Petrosjan und I.W. Swinow, Wladimir, November 2004 (in einer Bearbeitung von Dr. Matthes Buhbe und Elisabeth Beckmann, Moskau, Februar 2005)